

Eine Wiederbesichtigung des Forschungsbetriebs "Soziologie" in der UdSSR

Teckenberg, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Teckenberg, W. (1990). Eine Wiederbesichtigung des Forschungsbetriebs "Soziologie" in der UdSSR. *ZA-Information / Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung*, 27, 141-153. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-202540>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Eine Wiederbesichtigung des Forschungsbetriebs "Soziologie" in der UdSSR¹

von Wolfgang Teckenberg

Mit diesem Aufsatz wird an meinen Artikel in der ZA-Information Nr. 23 von Ende 1988 angeknüpft. Daher handelt es sich hier vor allem um die Darstellung "neuerer" Entwicklungen der sowjetischen Soziologie, und es werden drei Thesen über offensichtliche Stagnationstendenzen entwickelt. Diese beziehen sich vor allem auf die Strukturen des Wissenschaftsbetriebs, nicht auf die Inhalte, die im ganzen insofern positiver bewertet werden können, als heute mannigfaltigere Themenbereiche angesprochen werden, die vor Jahren noch im Bereich der Tabuzone lagen. Auch geht der Artikel nicht auf die Lage der Lehre des Fachs ein, die allerdings in nennenswertem Maße bisher nur an der Moskauer Universität betrieben wird. Ich beziehe mich also im wesentlichen auf die Forschung, wie sie vor allem im Rahmen der Akademie der Wissenschaften und an einigen aufzuführenden Forschungsinstituten stattfindet.

"Neu" scheint gemeinhin die Entwicklung ab März 1985, dem Amtsantritt *Gorbatschows*, zu sein. Doch wie gerade Soziologen wissen, verändern sich Strukturen und die einmal auf eine Parteilinie eingeschworene Institution "Soziologie" selten sogleich mit dem Regierungswechsel.

Die im übrigen sicherlich positiv zu bewertende Absicherung der Soziologie durch das offizielle Placet des ZK-Beschlusses vom 12. Juni 1988 "Über die Stärkung der Rolle der marxistisch-leninistischen Soziologie für die Lösung kritischer Probleme der sowjetischen Gesellschaft" habe ich bereits ausführlicher in oben erwähnter Ausgabe dargestellt. Dort findet sich auch eine Einschätzung der Situation in der Lehre des Fachs und ein kurzer Aufriß der nun möglich gewordenen Forschungen sowie eine Qualitätsbeurteilung derselben.

1 Überarbeitete Fassung eines Papers für die Ad-hoc-Gruppe "Osteuropa" auf dem 25. Deutschen Soziologentag in Frankfurt am 19.10.1990.

Siehe zum Thema auch meine Aufsätze:

(1984) Organisation und Funktion sowjetischer Soziologie. Erforschung oder Leitung der Gesellschaft?

In: Beiträge zur Konfliktforschung (14) Nr. 4, S.35-58.

(1988) "Perestrojka" in der sowjetischen Soziologie? Was man hört, was man sieht.

In: ZA-Information Nr. 23 (November), S. 92-104.

Für wertvolle Hinweise danke ich Frau Natalija *Sorkaja* aus Moskau, die ich anlässlich ihres Forschungsaufenthalts am Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln sprechen konnte.

Hier will ich im wesentlichen nur drei Thesen zur Inertia des Forschungsbetriebs "Soziologie" unter sowjetischen Organisationsbedingungen vorstellen. Dies setzt allerdings voraus, daß ich zunächst einige Fakten referiere, die dem einen "neu", dem anderen bekannt vorkommen dürften. Dabei klammere ich bewußt gewisse Sonderentwicklungen in den baltischen Republiken aus, die sich - bezogen auf Studien in diesen Gebieten - schon vor 1985 abzeichneten.²

Als "etabliert" könnte man folgende Institutionen bezeichnen, wenn auch die Direktoren dieser Institute häufig wechselten und seit 1986 auch in ranghohe Stellen der Sowjetischen Soziologischen Vereinigung (siehe unten, These 2), die 1958 gegründet wurde, früher als kritisch bis dissidierend eingestufte Soziologen einrückten:

- Das Institut für Soziologie (unter diesem Namen seit 1988) der Akademie der Wissenschaften in Moskau und dessen Direktor, Vladimir A. **Jadov**, der im übrigen, wie alle weiteren Institutsleiter, Vizepräsident der Sowjetischen Soziologischen Vereinigung ist. Das Institut gilt als **die** zentrale Einrichtung für Grundlagenforschung im Bereich der Soziologie, und ihm obliegt auch die Koordination kleinerer Forschungsgruppen im Lande. Die Ergebnisse der Arbeit werden zunächst nicht für den allgemeinen Büchermarkt, sondern in sogenannten "Rotaprint-Ausgaben" mit kleiner Auflage (ca. 500 Exemplare) verbreitet. Dies reicht nicht einmal für alle Mitglieder der Sowjetischen Soziologen-Vereinigung. Neuerdings wurde ein Plan dieser Publikationen für 1990 veröffentlicht³, der 35 Titel aufführt.
- Die soziologische Sektion beim **Institut für Ethnographie** der Akademie der Wissenschaften in Moskau und deren Direktor, Ovsej I. **Schkaratan**.
- Die mit Sozialstrukturanalysen der UdSSR im weitesten Sinne befaßte Sektion am **Institut für Internationale Arbeiterbewegung** (Moskau) mit bekannten Forschern, wie E. V. **Klopov**, L. A. **Gordon**, A. K. **Nazitnova** und anderen.
- Genauere Angaben zu dem sich in Leningrad befindenden **Institut für sozio-ökonomische Probleme** der Akademie der Wissenschaften fehlen mir z. Z.; generell ist jedoch eine Konzentration auf Moskau überdeutlich, die auch dazu führte, daß früher in Leningrader

2 So konnte der bekannte estnische Soziologe Mikko Ch. *Titma* sogar stellvertretender Parteisekretär der Republik werden. Wie man hört, hat er aber seit dem Sommer 1990 der Politik wieder den Rücken gekehrt und steht im Begriff, ein Forschungsstipendium nach Stanford anzunehmen.

3 Siehe *Soziologitscheskie Issledovanija* (künftig S. I.) 1990, Nr. 8, S. 157.

Nischen überwinternde Soziologen wieder nach Moskau gingen, so auch der genannte **V. A. Jadov**.

Auch sowjetischen Fachleuten in Sachen "Wissenschaftsorganisation" war aufgefallen, daß es oft leichter ist, ein neues Institut zu gründen als ein altes umzustrukturieren. Probleme gibt es natürlich dann bei dem Bemühen, dafür zahlungskräftige Klientele zu gewinnen. Dieses Problem schien bei der Neugründung folgender Institute gelöst:

- Der volle Name drückt es aus: **"Allunionszentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung zu sozial-ökonomischen Fragen bei den Gewerkschaften und dem Staatskomitee für Arbeit"**, das ich hinfort aber als "Institut für Meinungsforschung" oder nach der Direktorin, Präsidentin der Sowjetischen Soziologischen Vereinigung und *Gorbatschow* Beraterin Tatjana *Saslawskaja* als "Saslawskaja Institut" bezeichnen werde.⁴ Wie gesagt, die Finanzprobleme "schienen" gelöst. Als Einheitsgewerkschaft ist die sowjetische "Arbeitervvertretung" zwar finanzstark, jedoch vermutlich mehr an der Wahrung des sozialistischen Gesellschaftsvertrags interessiert als die ausgesprochen reformorientierte Streiterin für die Perestrojka, Tatjana *Saslawskaja*. Jedenfalls fließt zunächst aus der Gewerkschaftsquelle kein Geld mehr. Versuche, sich als Auftragsforschungsinstitut für das neu gewählte Parlament, den Obersten Sowjet, zu verdingen, scheiterten an dessen leeren Kassen. Der stellvertretende Direktor, auf dessen ansehnliche Reputation im Bereich der empirischen Sozialforschung man ebenfalls bauen konnte, Boris *Gruschin*, hat das Institut bereits verlassen. Frau *Saslawskaja*, die bei ihrer Besichtigung der Soziologie in der Bundesrepublik letztes Jahr vor allem bei Frau *Noelle-Neumann* verweilte und weniger an soziologischer Grundlagenforschung interessiert war, ist sehr im Rahmen der direkten Politikberatung engagiert.⁵ Daher obliegt heute die eigentliche Umfrageaktivität einer durchaus befähigten und mit den Problemen landesweit repräsentativer Samples vertrauten Gruppe um den früher verfeimten Jurij *Levada*.⁶ Auf Möglichkeiten, die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme des Instituts zu umgehen, werde ich im Rahmen der vorzustellenden Thesen noch eingehen.

4 Das Institut wurde zwar schon Anfang 1988 gegründet (*Teckenberg* 1988, S. 94), doch erst allmählich konnte die Arbeit beginnen. Außerdem ist man noch teilweise im Gebäudeannex der Hotels "Haus der Touristen" am Rande Moskaus untergebracht. Erst 1990/91 erfolgt der Umzug in das endgültige Domizil im Zentrum Moskaus.

5 Bei einer Zusammenkunft mit Mitarbeitern des Sonderforschungsbereich 3 in Frankfurt konnte man davon einen Eindruck erleben: Auf ihre Verwunderung, wieso nicht alle Ergebnisse des sozio-ökonomischen Sonderforschungsbereichs in Politikberatung umgesetzt werden und ihre Frage, wie denn beispielsweise die Simulationsmodelle zu neuen Besteuerungsformen bisher implementiert worden seien, wollten die westlichen Kollegen nur gewunden Auskunft geben.

6 Zu dieser Gruppe gehört auch eine meiner Informanten, Frau N. *Sorkaja* (s. Fußnote 1).

- Wenn auch eher im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften verankert, so verdient doch die 1988 erfolgte Neugründung des Instituts für "Sozial-ökonomische Probleme der Bevölkerung" Beachtung. Räumlich und inhaltlich wird es dem "Zentralen ökonomisch-mathematischen Institut" in Moskau benachbart bleiben. Die Direktorin, Frau Natalija **Rimaschewskaja**, hat sich bisher allerdings mit durchaus sozialwissenschaftlich höchst relevanten Studien zu Fragen der Armut, der Zusammensetzung und Verteilung der Erwerbs- und Haushaltseinkommen hervor getan.
- Laut Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU soll bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU ein "**Zentrum für soziologische Forschungen**" eingerichtet werden. Dessen Leiter, Zhan T. **Toschtschenko**, ebenfalls Vizepräsident der Sowjetischen Soziologischen Vereinigung, hat sich auch bereits durch kritische Bürokratieanalysen hervor getan. Insbesondere Analysen auf dem Gebiete der politischen Soziologie

sind Gegenstand der Forschung.⁷ Angestrebt werden auch Eingriffe in die parteigebundene regionale Politikberatung, insofern als man die bisherigen soziologischen Abteilungen bei den Gebietskomitees der Partei nun nach Möglichkeit der Koordination durch dieses Institut unterstellen will. Dies bedeutet einerseits Zentralisierung, andererseits die Chance, landesweite Informationen über politische Einstellungen und Betätigungen einer wissenschaftlichen Forschung zuzuführen.

Wenn schon keine Neugründungen, so sind doch einige Aktivitäten auch weiterhin erwähnenswert, vor allem, weil sie z. T. jüngeren Soziologen eine Arbeitsmöglichkeit geboten haben. Dazu gehört vor allem:

- Eine Gruppe von Sozialwissenschaftlern in Kiew um Vladimir I. **Paniotto** und Valerij **Chmel'ko**. Diese Soziologen, deren Alter um die 40 Jahre liegt, geben, wiewohl in die gegenwärtigen heftigen politischen Kontroversen in der Ukraine involviert, bisher unregelmäßig eine neue Zeitschrift heraus: "Philosophische und soziologische Gedanken". Dieses Journal dürfte sich aber nicht unbedingt an ein sozialwissenschaftliches Fachpublikum wenden.

Damit wäre ich beim nächsten Punkt. Es gibt bisher nur eine einzige Fachzeitschrift: Die "Soziologische Forschungen", wenngleich diese seit Januar 1990 monatlich (!) erscheint. Die Soziologen verfassen zur Zeit lieber publizistische Artikel. Dies ist, einem vermeintlichen Gebot des historischen Augenblicks folgend, zwar verständlich, dient jedoch nicht unbedingt der wissenschaftlichen Professionalisierung und läßt uns mehr über die jeweilige politische Richtung der Autoren erfahren als über die sowjetische Gesellschaft. Aktive Forschungsar-

⁷ Siehe den Artikel des Direktors, **Toschtschenko**, und seines Stellvertreters, V. E. **Bojkov**. In: S. I. 1990 Nr. 9, S. 22-29.

beit über dieselbe gerät darüber häufig vorerst ins Hintertreffen, auch wenn die großen, über-regionalen Zeitungen wie schon früher auch selber Umfragen durchführen oder ihre jeweilige Klientel bitten, zu bestimmten Themen Stellung zu nehmen, was diese im allgemeinen auch in großem Umfange bereit sind zu tun. Immerhin ist dies auch ein Indiz für die breitere Reso-nanz sozialwissenschaftlicher Fragestellungen in Kreisen der sowjetischen intellektuellen Öff-entlichkeit im Vergleich zu westlichen Gesellschaften. Ferner zählt sich die Tätigkeit für Zeitschriften für die Autoren materiell aus, was angesichts des allseits beklagten Mangels ein weiterer, weniger "moralischer" Grund für die publizistische Tätigkeit der sowjetischen So-ziologen sein dürfte. 1990 erhob das Institut für Meinungsforschung in einer Allunionsum-frage, welches die "interessanteste" Zeitung 1989 war. Folgende **Zeitschriften** konnten sich profilieren (genannt werden hier nur diejenigen, in denen auch Soziologen publiziert haben):

Ogonek.....	21,1%
Novyj Mir (an und für sich eine Literaturfachzeitschrift).....	4,3%
Smena.....	4,0%
Drushba Narodov.....	0,4%
Znamija.....	0,3%
die Frage ist nicht zu beantworten.....	28,5%

Unter den **Zeitungen** galten folgende als "interessant":

Argumenty i Fakty.....	33,2%
Komsomol'skaja Pravda.....	16,4%
Trud (die Gewerkschaftszeitung).....	10,0%
Izvestija.....	6,3%
Literaturnaja Gazeta (ein Pedant etwa zur "Zeit"; der Heraus- geber ist der bekannte "Politologe" Fjodor Burlatzkij).....	4,1%
Pravda.....	2,5%
Sovetskaja Rossija.....	1,1%
Moskovskie Novosti (im Westen auch als: Moscow News).....	1,6%
die Frage ist schwer zu beantworten.....	11,8%

Seitdem im August 1990 ein "Gesetz über die Presse" verabschiedet wurde, ist die Zensur ein-ge-schränkt. Häufig scheitern aber mutige Unternehmungen an vermeintlichem "Papierman-gel", so etwa auch im Falle der renommierten Zeitschrift "Novyj Mir". Folgende neue, wö-chentlich erscheinende Journale dürften auch für publizistisch orientierte Soziologen interes-sant sein:

- Glasnost'
- Kommersant (eine Zeitschrift für Werbung und Konsumforschung, die ihre Informationen interessanterweise nicht von der staatlichen Nachrichtenagentur Tass, sondern von der unabhängigen Agentur "Postfaktum" erhält);
- Tschelovek (heute eher übersetzt mit "Der Bürger" unter der Leitung von Boris Jüdin).

Nun möchte ich systematisch zu drei Thesen Stellung nehmen, die z. T. für den Wissenschaftsbetrieb in (ehemals) sozialistischen Ländern insgesamt gelten. Sie erklären uns eventuell auch die erschwerenden Bedingungen bei der Umstellung des Wissenschaftsbetriebs in der ehemaligen DDR, kennzeichnen zumindest aber die Forschungssituation der Soziologie in der UdSSR Ende 1990. Dabei wird sich zeigen, daß sich in den Grundvorstellungen und in den institutionellen Mustern bisher wenig verändert hat.

1. Immer noch gibt es keine autonome "scientific Community".

Bei hohem Zentralisierungsgrad, der allerdings auch für Frankreich typisch ist, empfangen früher sowjetische Wissenschaftler gewisse staatliche "Lehen" für die Erfüllung von Regierungsaufträgen. Daneben war im Rahmen des allgemeinen Institutsetats, der je nach Größe des Instituts eher reichlich ausfiel, was das sowjetische Gesetz des "big is beautiful" förderte, auch eigene (Grundlagen-) Forschung möglich. Kurz nach dem Amtsantritt *Gorbatschows* hat man versucht, die Institute - ebenso wie einige Betriebe - auf die sogenannte "Wirtschaftliche Rechnungsführung" umzustellen, d. h. sie sind gehalten, ihre Mittel selbst zu erwirtschaften. Dadurch hat der Anteil an Auftragsarbeiten eher zugenommen. Insbesondere ist man natürlich an Aufträgen seitens westlicher Gazetten und Rundfunkanstalten interessiert, um an die begehrten Devisen zu kommen. Die dann in Frage kommende Forschung spiegelt ähnliche Probleme kommerzieller Auftragsforschung wie im Westen wider, nur oft mit schlechterer Qualität.

Führte früher schon das Institut für Soziologie Telefon-Blitzumfragen im Moskauer Raum für amerikanische Zeitungen durch, so ist man heute auch am Institut für Meinungsforschung an solchen "Westkontakten" stärker interessiert. Immerhin gibt es dort konkretere Vorstellungen, wie allunionsweite, repräsentative Umfragen gemacht werden können, und man verfügt dort über ein weites Netz von kleineren Unterabteilungen in den einzelnen Regionen, um solche Umfragen landesweit zu koordinieren. Solche groß angelegten Studien dürften auch weiterhin im Zuge der "Begleitforschung für die Perestrojka" zentral finanziert werden, selbst wenn die Gewerkschaften als finanzstarke Partner ausfallen. Daneben zeigen aber die Kooperation des Instituts mit SINUS in München und die Herausgabe des Institutsbulletins in deutscher Sprache (wenn auch in gekürzter Fassung, Leske Verlag: "Öffentliche Meinung in der UdSSR"), wohin man sich zu wenden gedenkt. Das Institut führte - ebenfalls in Koope-

ration mit SINUS - einen Auftrag der Bonner Regierung aus, bei dem 4000 Personen in der gesamten UdSSR nach ihren Ansichten über die Deutschen befragt wurden (FAZ vom 17. 11. 1990).

In gewisser Weise gibt es auch bei Regierungsaufträgen wieder eine (leichte) Zensur. So führte **Gorbatschow** erstmalig in der sowjetischen Geschichte ein Dekret ein, welches die Verunglimpfung von Regierungsmitgliedern unter Strafe stellt (F.-C. *Schroetter* in: FAZ vom 9. 10. 1990). Erste Skandale gab es, als die Zeitung Argumenty i Fakty in einer Umfrage nicht **Gorbatschow**, sondern den damals noch unter den lebenden weilenden A. *Sacharow* an der Spitze der beliebtesten Politiker ermittelte (Autor der Studie: *Kopeljus*).

Allerdings vergeben, wie gesagt, auch andere gesellschaftliche Organe sowie die Landeszeitungen Aufträge. Adressat der allgemeinen soziologischen Forschung ist damit aber nicht ein unabhängiges Wissenschaftskollegium. Gegenstand der Untersuchungen ist nicht die Überprüfung kontroverser Hypothesen. Dies drückt sich auch darin aus, daß es kein unabhängiges wissenschaftliches Gutachtergremium gibt. Unabhängige Forschungsförderung, wie sie unter Beachtung von allgemeinen Qualitätsmaßstäben im Rahmen etwa der VW-Stiftung oder der deutschen Forschungsgemeinschaft betrieben wird, ist in der Sowjetunion praktisch unbekannt. Bezeichnenderweise ist die DFG Ansprechpartner für die sowjetische Akademie der Wissenschaften, die aber als Versammlung von Honorationen bei ihrer Rekrutierung von Schwankungen des jeweiligen politischen Tageskurses abhängig ist und erst jetzt langsam ihre dem traditionellen Sowjetsystem getreuen Mitglieder auswechselt.

2. Es fehlt eine Ausdifferenzierung der Soziologie, die wissenschaftliche Konkurrenz beleben könnte. Dies geht einher mit Problemen bei der Nachwuchsrekrutierung.

Ich erwähnte bereits die eher zunehmende Konzentration auf Moskau, die auch in ehemals relativ freizügigen Nischen Forschende in Leningrad und insbesondere in Novosibirsk dazu veranlaßt, nach Moskau zu ziehen.

Entscheidender scheint mir aber die sich je nach vorhandenem Budget verstärkende Tendenz zu Großinstituten zu sein. Die Neigung, eine für kleinere Institute günstigere gemeinsame Infrastruktur aufzubauen, ist dagegen gering. Ähnlich wie in der DDR kommt das auch dadurch zustande, daß auch der Mittelbau der Institute unkündbar ist, während Direktoren und die umfangreichen Vizedirektorenstellen je nach politischer Wetterlage durch Wahl⁸ gewechselt werden können.

⁸ Sie erhalten aber in der Regel eine Apanage in einem weniger "zentralen" Institut.

Wo sollten gekündigte oder junge, engagierte Nachwuchswissenschaftler aber auch unterkommen? Die vielen kleineren und wenig koordinierten Sozialforschungsstellen bei den industriellen Großbetrieben sind - besonders wenn sie nicht im Moskauer Raum liegen - nicht sehr attraktiv, die Soziologen dort beim Management nicht unbedingt beliebt. Viele sozialwissenschaftlich Interessierte der mittleren Generation wanderten unter *Brezhnev* in die Politik oder zu Zeitungen ab. So kommt es, daß die heute wieder in Spitzenstellungen akkreditierten Frauen und Männer der Geburtsstunde der sowjetischen Soziologie aus der Ära nach

Chruschtschow sind und etwa ein Alter haben, wie der heutige Regierungschef selbst.⁹ Besonders die mittlere Generation fehlt heute oder kommt im System der vielfältigen, direkten Beziehungen zu den Macht und Geld habenden gesellschaftlichen Organisationen (noch) nicht zum Zuge. Viele sind auch während des im Zuge der Liberalisierung verstärkt anhaltenden "Brain Drains" ausgewandert.

Für kleine Forschungsinstitute besteht auch aufgrund der eigenartigen Vorstellung oder Nichtvorstellbarkeit von koordinierenden Infrastruktureinrichtungen kaum eine Chance. Die Großforschungsinstitute sind nicht vernetzt. Selbst in Moskau doublieren sie ihre Standardausrüstung ohne Anschluß an zentrale Großrechner und schreiben sogar ihre Programme jeweils selbst. SPSSx gibt es im Saslawskaja-Institut erst seit Frühjahr 1990, und die Bereitschaft zum Programm- und Erfahrungsaustausch zwischen den Instituten ist nicht sehr ausgeprägt. Auch ein zentrales Datenarchiv gibt es nicht - begründet wird dies neuerdings - wie sollte es auch anders sein - mit "Datenschutz".

Die mangelnde Eigenkoordination der Soziologie ist z. T. ein Ergebnis jahrelanger Plandirektiven "von oben". Doch auch heute kommen als koordinierende Organe vor allem die Fachverwaltungen in Frage, zumindest solange ihnen zugetraut wurde, verbindliche Richtlinien für die Erfassung der grundlegenden Statistik festzulegen. Nachdem aber die Arbeit des Staatskomitees für Statistik kritisiert worden ist und die Unzulänglichkeit der im allgemeinen alle zehn Jahre stattfindenden Volkszählung (zuletzt 1979) gerügt wurde, hat man heutzutage weniger brauchbare Aggregatdaten als je zuvor. Die jetzt erst teilweise erschienenen Bände der Volkszählung von 1979 weisen im Gegensatz zu früheren Publikationen keine Angaben über den Beruf aus. Wegen mangelnder Vorbereitung und Fehlern bei der Durchführung setzt man keine großen Hoffnungen in die Volkszählung von 1989. Streit zwischen verschiedenen Richtungen und Instituten verhindert sowohl die Einigung auf bestimmte gemeinsame Standards, so etwa auf eine verbindliche, allgemeine Berufsklassifikation. Ein gewisser Minimalkonsens, etwa über eine Standarddemographie (einschließlich der Berufsvercodung), wäre allerdings Voraussetzung für gemeinsame Infrastruktureinrichtungen. Die ungenügende oder

⁹ Siehe dazu die von mir verfaßten Biographien von 44 sowjetischen Soziologen der Gegenwart. In: W. Bernsdorf (Hg.) (1984), Internationales Soziologenlexikon, Band 2. Neue Ausgabe. Berlin, Stuttgart: Enke Verlag.

kaum vergleichbare Standarddemographie, die eine Basis für die Bildung unabhängiger Variablen bilden könnte, verführt dazu, lediglich zu beschreiben. Erklärungen des Verhaltens oder der Diversifikation der Meinungsbildung sind dagegen selten. Ähnliches Desinteresse an übergreifenden Strukturbeschreibungen der Gesellschaft gilt natürlich auch für westliche Auftragsarbeiten von Marktforschungsinstituten, die mehr auf die "Meinungen über die Welt und die Welt der Meinungen" (so der Titel eines Buchs von Boris *Gruschin*) achten, als daß sie an einer sozialstrukturellen Erklärung der Einstellungen und Dispositionen interessiert wären.

Typisch für die mangelnde Ausdifferenzierung ist, daß es bisher nur eine einzige soziologische Fachzeitschrift gibt, die redaktionell vom Akademieinstitut für Soziologie betreut wird. Die Bemühungen sowjetischer Kollegen, sich in internationalen Fachzeitschriften zu artikulieren, sind - anders als bei ihren mitteleuropäischen Nachbarn - bisher wenig ausgeprägt. So gibt es dann sehr wohl einen Wettbewerb um Gelder, besonders nun auch aus dem Ausland, jedoch wenig Konkurrenz um wissenschaftliche Reputation. Dies heißt nicht, daß im Zuge der Neuorientierung gerade jene Soziologen in führende Stellen (wieder) aufgerückt sind, die schon zu Anfang der 70er Jahre unter den gegebenen Bedingungen gute empirische Studien vorgelegt haben. Jedoch werden die "Standards of Excellence" eher durch moralisch-ideelle Kriterien gesetzt oder durch das jeweilige politische Gebot der Stunde.

Die Sowjetische Soziologische Vereinigung, der Berufsverband der Soziologen mit T. *Saslawskaja* an der Spitze¹⁰, kann zwar als Pendant zur Deutschen Soziologischen Vereinigung gesehen werden, funktioniert jedoch nach anderen Regeln. So gibt es z. B. keine Soziologentage, die auch jüngeren Kollegen eine Plattform für eine beachtenswerte "Kür" im Rahmen der Profession bieten könnten. Eine der Funktionen der Vereinigung ist die Außendarstellung der sowjetischen Soziologie, insbesondere auf den Weltkongressen für Soziologie. Die Rangordnung innerhalb des Verbands bestimmt im wesentlichen, wer zu den jeweiligen "Reisekadern" zählt. Die auf internationalen Tagungen augenscheinliche Geschlossenheit der Vereinigung, die größer ist als etwa bei westlichen Soziologieverbänden, zerfällt, wenn einzelne Kollegen je nach der Verfügbarkeit von entsprechenden Beziehungen und Einladungen ins westliche Ausland reisen. Bekanntheitsgrad und Beziehungen sorgen dafür, daß heute (noch) vor allem ältere Kollegen zu den "Reisekadern" zählen, und dies, obwohl die Fremdsprachenkompetenz bei jüngeren Soziologen in vielen Fällen besser wäre.

10 Als Vizepräsidenten wurden gewählt (alle Professoren der philosophischen Fakultät, s.u.): Vilen N. *Ivanov* (im Oktober 1988 noch Direktor des Instituts für soziologische Forschungen), Vladimir A. *Jadov* (Moskau, Direktor des Instituts für Soziologie der Akademie), Boris V. *Rakitskij* (Moskau), Ovsiej I. *Schkaratan* (Moskau, Institut für Ethnographie der Akademie), Mikk Ch. *Tilma* (Tallinn), Shan T. *Toschtschenko* (Moskau). G. V. *Osipov*, der immerhin korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist und damit eine hohe Reputation nach sowjetischem Verständnis innehat und auch im Westen gut bekannt ist, gehört nicht mehr zum engeren Präsidium.

Bei aller Bewunderung, die sowjetische Intellektuelle besonders dem amerikanischen Wissenschaftssystem entgegenbringen, wird kaum gesehen, daß dieses nach ganz anderen Kriterien funktioniert und daß sich dort heute eher Soziologen aus dem asiatischen Raum aufgrund ihres Leistungsstrebens durchsetzen als Forscher aus der Sowjetunion, denen ein auf Marktp Prinzipien beruhendes Wissenschafts System eher fremd ist.

Dies bringt mich zur nächsten These:

3. Statt Marktkonkurrenz "Standespolitik" und politische Patronage.

Wie Max Weber schon feststellte, entstehen Ständegesellschaften eher dann, wenn der Markt zurückgedrängt ist.

Zwecks Erlangung von Forschungsgeldern spielen weniger die wissenschaftliche Qualifikation, sondern vielmehr Beziehungen zu öffentlichen Gremien und deren Mitarbeiter eine Rolle. Nicht, als ob es das in westlichen Gesellschaften nicht gäbe - jedoch im System der patrimonialen Protektion von Wissenschaft durch verschiedene gesellschaftliche Organisationen nicht nur durch die Partei, sondern auch durch Gewerkschaften etc. ist der direkte Zugang zu den entsprechenden "Flügeln" der Organisationen entscheidend. Je nach politischem Klima kann dann auch die Protektion wieder entzogen werden, wie man an der nun fehlenden Bereitschaft der eher sowjet-traditional orientierten Gewerkschaften sieht, fürderhin das reformbewußte Saslawskaja-Institut zu unterstützen.

Zweifelloos ist die Rolle der Soziologie bei der Politikberatung in der UdSSR größer als etwa in der Bundesrepublik. Vor allem das Institut von *Saslawskaja* betreibt mit den landesweiten Meinungsumfragen direkte Begleitforschung zur Perestrojka. Der Besuch von Frau *Saslawskaja* bei Frau *Noelle-Neumann* bekundet ihr Interesse an einer Soziologie, die weitgehend durch Regierungs- oder Medienaufträge finanziert wird. Die Bemühungen um politische Patronage hängen natürlich mit der mangelnden Unabhängigkeit von Wissenschaft in der UdSSR zusammen und auch andere Institutionen erhalten Regierungsmittel. Die Gründung des Soziologischen Zentrums unter der Leitung von *Toschtschenko* (s. o.) bei der Partei beweist, daß auch letztere von der Bedeutung der Soziologie überzeugt ist. Vielfältige persönliche Beziehungen vermitteln Soziologen mit unterschiedlichen Einflußkanälen in die Politik.¹¹

11 Wie auch immer die Tatsache zu werten ist, daß *Raissa Gorbatschowa* bei *G. V. Osipov* eine Arbeit geschrieben hat, es hat letzteren nicht vor einer gewissen Degradierung bewahrt. Zweifelloos kann man aus dieser publizistisch aufgewerteten Beziehung nicht die verstärkte Förderung der Soziologie erklären. Da *Gorbatschow* selbst Jurist ist, müßte die Jurisprudenz eine ähnliche Ausweitung erfahren haben.

Ein Beispiel standesgemäßer Profilierung der Intelligentsija ist die publizistische Tätigkeit der Soziologen, die je nach politischer Couleur in dem sich erfreulicherweise erweiternden Spektrum der Zeitungen ein bestimmtes Publikum erreichen und dafür dann bezahlt werden. Die Orientierung der Soziologen und ihr involviertes Auftreten in der Öffentlichkeit ist teilweise den von A. O. *Hirschman* beschriebenen Zyklen von "Engagement und Enttäuschung" unterworfen.

Bei den Stellungnahmen spielen neben der politischen Richtung auch offenbar wissenschaftsfremde Kriterien eine Rolle, wie die Affiliation mit eher vorsozialistischen Spannungslinien, wie der zwischen "Slawophilen" und "Westlern". Zu diesen Orientierungen zählen auch die heute besonders deutlich werdenden Schattierungen bestimmter, mehr oder weniger chauvinistischer, Nationalismen.

In Abwesenheit einer Marktkonkurrenz, die auf wissenschaftlicher Qualifikation beruht und bei mangelnder Einbindung der sowjetischen Soziologie in die entsprechenden westlichen Publikationsorgane wird innerhalb der als solche einheitlich auftretenden Sowjetischen Soziologischen Vereinigung - wenn es um zentrale Forschungsgelder geht - durchaus nach funktionalen Äquivalenten zur Aufrechterhaltung bestimmter Standards gesucht. Diese werden aber spezifisch sowjetisch durchdekliniert:

Wenn Stände nach Max *Weber* auch durch die Anmutung einer bestimmten Lebensführung gekennzeichnet werden können, so sind die Verabschiedung eines "Professionellen Kodex des Soziologen" und die Einsetzung eines "Rats für professionelle Ethik" durch die soziologische Vereinigung aufschlußreich für die Standespolitik. Wenngleich es einen festgeschriebenen "Code of Ethics" auch neuerdings in der amerikanischen Soziologenvereinigung gibt, ist dessen Funktion in der UdSSR doch grundlegender. Im Kodex (S. I. 1988, Nr.5, S.95-104) werden die Soziologen immer noch aufgefordert, sich im Sinne der marxistisch-leninistischen Soziologie der Parteilichkeit zu befleißigen. Da sie aber auch gebeten werden, "forschend nach der Wahrheit zu suchen" und ihre Meinung unabhängig von Konjunkturen und Autoritäten zu äußern, wird hier "Parteilichkeit" im Sinne einer großen "catch-all" Volkspartei verstanden, eine Auffassung, die durch den Abdruck einer Diskussion über den "sozialistischen Pluralismus" in derselben Nummer der Fachzeitschrift noch unterstrichen wird. Der Rat für Fragen der professionellen Ethik, der aus 15 Personen, auch aus früher verfeimten Soziologen (z. B. Jurij A. *Levada*), besteht, soll darüber wachen, daß die wissenschaftlichen Standards eingehalten werden. Die Nichtbeachtung des Kodex kann zum Ausschluß aus der sowjetischen soziologischen Vereinigung führen, was praktisch einem Publikationsverbot - oder analog zu früher ähnlichen Praktiken im Schriftstellerverband - einem Berufsverbot gleichkommt, zumal es keine ausgeprägte Fachzeitschriftenlandschaft gibt. In dem anschließenden Aufsatz zu diesem "Moralkodex", für den auch V A. *Jadov* verantwortlich

ist, wird deutlich, daß man nach Regelungen sucht, die die Selbststeuerung und Autonomie des Faches garantieren und es vor dirigistischen und administrativen Übergriffen schützen sollen. Allgemein und international akzeptierte Standards der Wissenschaftlichkeit müssen dann erst für jede Sparte einzeln eingeführt werden, wenn das betreffende Fach früher starken administrativen Vereinnahmungsbestrebungen ausgesetzt war.

Insgesamt hat man den Eindruck, daß zunächst die ständische Rangordnung der Wissenschaftssparte "Soziologie" festgelegt werden muß. Der entsprechende "Status" schafft dann gewisse Privilegien und eine weitgehende Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse und der Aufgabenfelder. Berufsständische Forderungen stehen zur Zeit noch im Vordergrund, und deren Durchsetzung benötigt im Augenblick noch Zeitaufwendungen, die zunächst nicht für Forschungsarbeiten zur Verfügung stehen. Vielleicht kann man aber die Bemühung um etatistische Festschreibung verstehen, nachdem die Jahre 1975 bis 1985 der Soziologie zunächst einen Rückschritt beschert hatten. Heftige Debatten über die Wahl der Direktoren und deren Stellvertreter bestimmen häufig den Tagesablauf in den Instituten. Daneben beherrschen - in der gegenwärtigen Situation verständlich - politische Disputationen die Tagesordnung. Dies kontrastiert mit westlichen Effizienzvorstellungen, nach denen sich eine junge Wissenschaft oder ihre Anhänger "marktgerecht" einbringen müssen und in Konkurrenz zu anderen durchsetzen sollen.

4. Kontakte mit dem Westen. Ein Ausblick.

Marktwirtschaftliche Aspekte, aber auch bestimmte Beziehungen bestimmen heute vor allem die Konkurrenz um Anteile am westlichen Medienmarkt, weniger aber sowjetische Bemühungen, im Rahmen westlicher sozialwissenschaftlicher Publikationen Fuß zu fassen. Angesichts der gegenwärtigen Umbruchsituation in der UdSSR ist die vorherrschende Binnenorientierung der sowjetischen Soziologie zum Teil verständlich. Auch die Westorientierung des Saslawskaja-Instituts richtet sich vornehmlich an einer Meinungsforschung für westliche Medien aus. Die Westkontakte der sowjetischen Grundlagenforschung, die ja als Institution durchaus vorhanden ist, nehmen sich dagegen eher spärlich aus oder beschränken sich auf Reiseaktivitäten prominenter Soziologen. Insbesondere mit den Amerikanern bestehen allerdings auch Pläne für international vergleichende Sozialforschungsprojekte. Die Kooperation wird über den Atlantik auch durch eine Institution erleichtert, nämlich durch das International Russian Exchange Program (IREX, Verantwortlicher: Wesley A. Fisher, New York). Im Verhältnis zur Bundesrepublik bestehen sporadische, bilaterale Austauschbeziehungen zwischen Instituten und immerhin ist es dem Zentralarchiv nun gelungen, das Datenband einer Meinungsumfrage des Saslawskaja-Instituts zu erhalten. Dies wäre noch letztes Jahr fast undenkbar gewesen. Jedoch gibt es nun neue Probleme, die um den Bereich des Datenschutzes kreisen; auch die Weitergabe von Daten, die bereits von anderen Stellen - etwa den kommerziellen



Instituten - genutzt wurden, dürfte zunehmend problematisch werden. Im Bereich der allgemeinen Soziologie, die im Vergleich zu kommerziellen Instituten ein weniger finanzstarker westlicher Partner ist, erweisen sich für die Kooperation die unverändert kaum überwindbaren Barrieren der internationalen Kommunikation, auch auf der einfachsten Ebene des Brief- und Fernmeldewesens, als große Hemmschwelle. Seitens der Bundesrepublik erschweren stark gestiegene Kosten eine Reise in die UdSSR, bzw. teilweise lange Antragszeiten bei einer Bewerbung über das bestehende Austauschprogramm der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR, den Meinungsaustausch vor Ort. Seit diesem Jahr besteht prinzipiell die Möglichkeit, daß auch sowjetische Kollegen auf private Initiative Bundesbürger einladen. In diesem Falle sind umfangreiche behördliche Abwicklungen notwendig, die ebenfalls durch Kommunikationshemmnisse erschwert werden. Deshalb ist die Absicht des Bundesforschungsministeriums (BFMT) sehr zu begrüßen, in Moskau eine Art Koordinationszentrum für den Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einzurichten.¹² Dies würde teilweise die eminenten Kommunikationsprobleme eliminieren und könnte dazu beitragen, daß auch jüngeren Kollegen aus West und Ost die Möglichkeit der Kontaktaufnahme geboten wird. Vorschläge zur Kooperation, etwa zur Herausgabe einer gemeinsamen Fachzeitschrift, sei es in Englisch oder in Deutsch, (seitens Herrn *Schkaratans*), gibt es jedenfalls zur Genüge.

Wolfgang Teckenberg

Institut für Soziologie der Universität Heidelberg,
Sandgasse 9
6900 Heidelberg 1

¹² Siehe dazu: Heinrich *Vogel*, "Deutsches Wissenschaftszentrum Moskau" (Entwurf eines Memorandums). Köln, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, September 1990.